

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

4. Dezember 1957

163/A.B.

zu 142/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Die Abgeordneten K a n d u t s c h und Genossen haben im Juni d.J. im Zusammenhang mit Pressemeldungen über Schrottmanipulationen bei der VÖEST in Linz an den Bundeskanzler die Anfrage gerichtet, ob er bereit sei,

1. Sorge zu tragen, dass dieser Vorfall, das Ausmass und die Ursache der betrügerischen Manipulationen einer Aufklärung zugeführt werden,
2. zu prüfen, welche führenden Funktionäre des Betriebes durch mangelhafte Kontrolle der Tätigkeit des Platzmeisters ~~ver~~sagt haben.

In der schriftlichen Beantwortung dieser Anfrage durch Bundeskanzler Ing. R a a b heisst es:

Nach erfolgter Berichterstattung an den Ministerrat beehre ich mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Die Aufklärung des ganzen Vorfalles sowie das Ausmass der betrügerischen Manipulationen und ihre Ursache wird durch die bereits anhängigen Strafverfahren 4 St. 2263/57 Vr 1236/57 und 8 c Vr 836/57 beim Landesgericht Linz erfolgen. Über das Ergebnis kann erst nach Beendigung des Strafverfahrens berichtet werden.

Die für die öffentliche Verwaltung der verstaatlichten Betriebe zuständige Bundesregierung wird veranlassen, dass gemäss § 8 Verwaltergesetz 1952, bzw. § 11 Abs. 3 Rechnungshofgesetz eine gesonderte Überprüfung dieser Angelegenheit durch den Rechnungshof stattfindet.

-.-.-.-.-